

Danziger Zeitung



(Ausgabe über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Ausgabe über 10 000.)

Nr. 21211.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Ritterhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1895.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht)

** Berlin, 21. Februar.

Der Reichstag begann heute die erste Berathung der Tabaksteuervorlage. Die geringe Frequenz des Hauses stand in einem argen Gegensatz zu der enormen Wichtigkeit des Gegenstandes. Der Finanzminister Miquel war nicht anwesend. Der Reichskanzler erschien erst gegen Ende der Sitzung. Die Debatte wurde durch eine 1½ Stunden dauernde Rede des Reichsschatzsekretärs Grafen Posadowsky eröffnet. Über die Aussichten des neuen Entwurfs läßt sich nach dem Verlaufe der heutigen Debatte noch nichts bestimmtes sagen. Insbesondere können die gewundenen Ausführungen des Redners des Centrums, das den Ausschlag gibt, keinen Schluss zulassen auf die endgültige Stellung dieser Partei. Immerhin ist so viel zweifellos, daß das Centrum dem neuen Entwurf weniger schroff gegenübersteht, als dem vorjährigen. Aus der Mitte des Hauses kamen außer dem Centrumsredner zunächst die Abg. Clemm-Ludwigshafen (nat.-lib.) und Graf Holstein (cons.) zum Wort. Beide bekannten sich als Freunde der Vorlage, ersterer im Interesse des pfälzischen Tabakbaues, letzterer im Namen des größten Theils seiner Partei. Als Gegner der Vorlage sprachen Abg. Trese (frei. Verein), der Vertreter Bremens, des Centralpunktes des deutschen Tabakhandels und der deutschen Tabakfabrikation, ferner der Socialdemokrat Förster (Reichs ä. L.), der als Cigarrenfabrikant das Interesse der durch das Gesetz voraussichtlich brodlos werdenden Tausende von Arbeitern wahrnahm, und endlich der Antisemit Zimmermann mit Rücksicht auf die drohte Tabakindustrie.

Um 5¼ Uhr wurde die Debatte auf morgen 1 Uhr vertagt.

Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Posadowsky sucht nachzuweisen, daß eine Erhöhung der Reichseinnahmen dringend nothwendig sei und die Einführung der Tabaksteuer hierzu der einzige gangbare Weg sei. Bei weiterer Steigerung der Reichsausgaben um jährlich 4 Proc. läßt sich für den Etat 1895/96 eine Mehrausgabe von 32 Millionen erwarten. Da nun eine bedenkliche Mindererstattung in sicherer Aussicht steht, die neuen Militärausgaben aber fortduern, so muß die Reichsverwaltung, um den Etat zu balanciren, sich nach neuen Mitteln umsehen. Die Einnahmen aus dem neuen Tabaksteuergesetz sind nicht über das vorhandene Bedürfnis hinaus bemessen worden. Es handelt sich also nicht um eine neue Steuer auf Vorrath zur Deckung von Forderungen, die noch im Hintergrunde schlummern könnten. Der Etat für 1895/96 ist mit geradezu bürgerlicher Sparsamkeit aufgestellt worden und eine Herabminderung der Ausgaben etwa für das Militär ist in keinem Falle herbeizuführen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß die Ersparnisse der Militärverwaltung bei den jehigen niedrigen Getreidepreisen andauernd sein werden. Selbst wenn durch die neue Tabaksteuer 32 Millionen eingingen sind, werden in diesem Jahre den Einzelstaaten nur 5 Millionen zustreichen. Es wird also die größte Sparsamkeit nötig sein, um Einnahmen und Ausgaben zu balanciren. Der

Reichstag hat nach Annahme der Militärvorlage auch die moralische Pflicht, für Deckung zu sorgen. Eine Reichseinkommensteuer, die man vorgeschlagen hat, ist staatsrechtlich bedenklich, eine Reichserbschaftsteuer ist praktisch schwer durchführbar, die Landessteuern sind theoretisch sehr gut, in der Praxis aber nicht ergiebig; auch eine Biersteuer als theilweise Lugssteuer ist bedenklich, denn für Süddeutschland würde sie eine Erhöhung der Matricularabgaben als Äquivalent für die Erhöhung der Brauerei in Norddeutschland zur Folge haben. Das Bier hat auch eine ethische Bedeutung zur Unterdrückung des Brannweinvergnusses. Diese Momente treffen alle bei der Tabakfabriksteuer nicht zu. Also bleibt nur allein die Tabakfabriksteuer übrig. Redner tritt dann im Einzelnen den Einwänden gegen die Vorlage entgegen. Es ist nicht richtig, daß aus der bisherigen Tabaksteuer höhere Erträge erzielt werden können. Eine Contingentirung des Tabakbaues ist ungerecht und schädlich, und Staffelscholle unbeschreibbar. Will man den Weg zum Monopol nicht betreten, so muß man zu einer höheren Tabaksteuer greifen. Die Behauptung, daß 80000 Arbeiter durch das Gesetz brodlos werden würden, ist eine unverantwortliche Hecke gegen das Gesetz. Es kommt mir vor, als wenn es sich lediglich handelt um einen Kampf der Fünfpfennig-Cigarre gegen die verbündeten Regierungen. Die Fünfpfennig-Cigarre wird aber durch die Vorlage nur um einen halben Pfennig verteuert. Dann wendet sich Redner gegen den Vorwurf, daß die vorgeschlagenen Controlvorschriften zu einer Belästigung der Kleinbetriebe führen könnten. In der Zuckerk- und Brannweinfabrik sind die Controlvorschriften noch viel schärfere. Und steuern und streben muß man ja überall. Über die Einzelheiten des Gesetzes werden die verbündeten Regierungen zwar mit sich reden lassen; im großen und ganzen möchten wir aber auf der Annahme dieser Vorlage bestehen. Wenn die Majorität des Reichstages die Vorlage ablehnt, so werden Sie nicht im Stande sein, den Schaden auszugleichen, welcher dem Vaterlande durch die fortgesetzte Verneigerung der Mittel erwächst, die nothwendig sind, um zu einem geordneten Finanzwesen in Staat und Reich zu gelangen.

Abg. Müller-Fulda (Centr.): Die Militärvorlage wurde seiner Zeit bewilligt, nachdem die Regierung die feste Zusage gegeben hatte, daß die Lasten der Militärvorlage nicht auf die schwachen Schultern gewälzt werden sollten. Im vorigen Jahre haben wir die Börsesteuer mitbewilligt zur Deckung der Kosten der Militärvorlage. Die anderen damals eingebrochenen Vorlagen entsprachen nicht jener Zusage und wurden deshalb von uns abgelehnt, darunter auch das Tabaksteuergesetz. Die heilige Vorlage ist allerdings besser als die vorjährige, sie mildert die schlimmsten Bestimmungen und schwächt ihre Härten ab. Die vorgeschlagene Erhöhung des Zolles nehmend wir ohne Bedenken an. Die wirthschaftlichen Bedenken gegen die Controlbestimmungen werden wir in der Commission Gelegenheit nehmen, näher darzulegen. (Die einzelnen Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.) Die Befürchtung, daß durch die Vorlage eine annehmbare Zahl Arbeiter brodlos wird, ist noch nicht zerstreut. Auch die gewählte Form der Besteuerung ist sehr ansehbar. Die Nothwendigkeit der Vorlage ist auch nicht nachgewiesen. Die Hauptfache bleibt sparsam und nicht Bewilligung neuer Mittel ins Blaue hinein. Statt dessen fordert man immer neue Ausgaben für die Deckung. Wo bleibt die Aenderung im Posttarif, besonders bezüglich der Zeitungen, die leicht einige Millionen einbringen könnte? Bei der Menge indirekter Steuern, die schon auf dem Volke lasten, müssen weitere Belastungen der

schwachen Schultern erheblich erregen, zumal diese schon die größte Last bei der Militärvorlage zu tragen haben. Ich hoffe, daß die Commission aus der Vorlage das gute herauslöschen wird: Erhöhung des Zolles und Erleichterung der Controle. Jedenfalls steht das Centrum auf einem ganz und gar ablehnenden Standpunkt nicht.

Abg. Dr. Clemm (nat.-lib.) erkennt an, daß die Vorlage große Vortheile gegenüber der früheren hat. Redner legt als Tabakinteressen darauf besonderen Wert. Es ist aber nothwendig, daß der Zoll auf ausländischen Tabak erhöht wird, sonst hat die Tabakbauende Bevölkerung nicht viel Nutzen davon. An die angehängtengroßen Arbeiterentlassungen in dem Umfang, wie sie die Gegenagitation in Aussicht gestellt hat, glaube ich nicht, namentlich die Behauptungen des Tabakvereins sind mit Voricht aufzunehmen. Mit den Steuersätzen von 25 Proc. des Fabrikatpreises für Cigarren und Cigaretten und 40 Prozent für Rauch-, Schnupf- und Rautabak bin ich einverstanden. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern und schließe mit der Hoffnung, daß etwas recht Günstiges zu Stande kommen wird.

Abg. Trese (frei. Vereinig.): Ich hoffe daher, es wird gelingen, die Vorlage zu Fall zu bringen und damit einen schweren Schaden vom Vaterlande abzuwenden. Der Herr Staatssekretär hat gesagt: Es handelt sich nur um die Wahl zwischen Monopol oder Tabaksteuer und das Monopol habe doch keine Aussicht auf eine Majorität in diesem Hause. Das letztere ist richtig, aber ich muß auch sagen, daß das eine recht schwache Abweisung des Monopolgedankens war. (Sehr stolzlich links.) Es führt kein anderer Weg nach Aufzucht hin, citierte ferner der Herr Staatssekretär zur Empfehlung der Tabakfabriksteuer. Diesen Weg aber halten wir nicht für den richtigen. Man hat sich ferner abfällig über die Agitation des deutschen Tabakvereins geäußert. Nun, der conservative Herr v. Hammerstein wird mir bezeugen können, daß z. B. in Westfalen sehr viele conservative Kaufleute entschiedene Gegner der Vorlage sind, daß selbst Pastoren sich anstreiken, Arbeiterdeputationen hierher zu führen, um über die schweren Schädigungen, die ihnen das Gesetz bringen würde, Vorstellungen zu machen. Ich halte auch einen höheren Zollschutz für Tabak für unrichtig. Es wird sich da dasselbe wiederholen, was schon 1879 eintrat, nämlich eine Überproduktion an inländischem Tabak und noch dazu an unbrauchbarem Tabak. Die Steuer auf den ausländischen Tabak soll eine Gewichtssteuer sein. Ich gebe zu, daß eine eventuelle Facturensteuer sehr schwierig durchführbar ist, da die Facturen von Ausländern kommen. Indes wo blidet da der ideale Gesichtspunkt der Besteuerung nach dem Wert? Die teuersten Importen werden proportional am niedrigsten belastet. Die Art der Controle bei dem inländischen Tabak sieht geradezu eine Prämie für den Producenten fest, den Klopftabak nicht laut Facturenbrief an den Händler zu verkaufen, sondern freihändig. Die Vorlage rechnet auf eine Mehreinnahme von 32 Millionen; ich glaube, der Consumrückgang wird größer sein und ein volles Drittel befragen, so daß nur auf ein Mehr von 20 Millionen zu rechnen sein dürfte. Die Erklärung des Abgeordneten Müller fasse ich als ebenso ablehnend auf, wie die seines Fraktionsgenossen Fritzen im Vorjahr. (Redner beleuchtet sodann die lösigen Controlbestimmungen.) Ich rechne heraus, daß mindestens 17 000 Arbeiter durch die Vorlage brodlos werden. Schon jetzt ist in der Industrie die Unruhe sehr groß. Ich bitte dringend, die Vorlage abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Holstein (cons.): Der größte Theil meiner Freunde steht der Vorlage freundlich gegenüber. Eine bindende Erklärung können wir aber erst nach den Berathungen in der Commission abgeben. Solit sich der Rauchtabak durch die Vorlage verheuern, nun, so stopft man die Pfeife etwas weniger voll. (Gelächter links.) Immer, wenn eine neue Steuer eingeführt werden soll, wird geklagt, die betreffende Industrie, die die Steuer angeht, werde ruinirt. Eine Biersteuer ist durchaus empfehlenswerth. Trotz einer höheren Biersteuer wird der Deutsche fortfahren, sein Bier zu trinken für das Vaterland. (Heiterkeit.) Wenn wir für alle Steuern, die hier berathen und dann abgelehnt sind, die Biersteuer hätten, dann würde das Vaterland uns dankbar sein.

Abg. Förster (soc.) hebt besonders hervor, daß durch die neue Steuer zahllose Arbeiterexistenzen zu Grunde gehen würden. Redner polemisirt scharf gegen die Vorlage und bittet um deren Ablehnung.

Abg. Zimmermann (Antis.) erklärt sich mit Rücksicht auf die bedrohte Industrie gegen den Entwurf. Er betont, daß das neue Gesetz nicht im Einklang steht mit dem bei der Bewilligung der Vorlage vom damaligen Reichskanzler Grafen Caprivi abgegebenen Versprechen, daß die Kosten der Militärvorlage nicht auf die Schultern der Schwachen gewälzt werden sollten. Redner verlangt Ablehnung der Vorlage.

Schluß der Sitzung 5¼ Uhr.

Berlin, 21. Febr. Die Justizcommission des Reichstages nahm heute im Prinzip die Berufung an die Oberlandesgerichte gegen die Strafammerurtheile an, nachdem Staatssekretär Nieberding erklärt hatte, die Regierung nähme die Berufung nur an, wenn sie den Oberlandesgerichten zugewiesen werde.

— Die Gewerbeordnungs-Commission nahm heute den Artikel 16 der Novelle an, welcher lautet: „Die Schauspielunternehmern zum Betrieb ihres Gewerbes bisher ertheilte Erlaubniss gilt nur für das bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes betriebene Unternehmen.“

— Die Budgetcommission sah heute auf Antrag des Abg. Lieber (Centr.) von dem Indienststellungsfonds der Flotte 800 000 Mk. ab. Gegenüber dem Abg. Müller-Fulda (Centr.) vertheidigt der Staatssekretär des Reichsmarineamtes, Hollmann, die geforderten Mehreinstellungen für Wilhelmshaven; man dürfe Wilhelmshaven im Vergleich zu Riel nicht vernachlässigen. Gegenüber einem Wunsche des Abg. Richter nach Einschränkung des Salutschießens wies Staatssekretär Hollmann darauf hin, daß dasselbe auf internationaler Abmachung beruhe. Auf Anregung des Abg. Lieber bezüglich der Vermehrung der Überzahlmeister erklärte Hollmann, so eine einschneidende Änderung der Organisation lasse sich im Augenblick nicht durchführen. Auf eine Anfrage des Abg. Lieber über das Briefstaubewesen erklärte Hollmann, daß gegenwärtig zwei Briefstaubestationen, je eine in der Nord- und Ostsee bestehen. Im Laufe der Zeit habe sich die Nothwendigkeit ergeben, auch Privat-Briefstaubevereine zur Unterstützung heranzuziehen. Man müsse auf das Briefstaubewesen großes Gewicht legen, da sich diese Einrichtung vorzüglich bewährt habe.

danken zur Zeit fassen; augenblicklich war es der, daß Peter Legh Place erben müsse. Sie hatte Bettie nach ihrer Art gern, und es hat ihr leid, dem jungen Mädchen Unannehmlichkeiten zu verursachen, aber wenn Bettie sich zwischen ihren Sohn und Legh Place drängte, so mußte Bettie eben geopfert werden. Sie blickte müde zu ihr hinüber. Wie kraus sie die Stirn bei den Schwierigkeiten des Strickens zog! Da wurde der Thee gebracht und sie durfte erwarten, mit Sholto's Tasse hinuntergeschütt zu werden. Arme Bettie seufzte, als sie der glücklichen Tage, in denen ihr Gatte noch bei ihr war, gedachte.

„Thomas bringt Ihnen den gräßigen Herrn seinen Thee“, ertönte die Stimme ihrer Schwiegermutter.

Bettie war zu stolz, um bei dem Befehl zusammenzuzucken oder aufzuhören, aber Bettie sah, daß sie drei Maschen fallen ließ.

Nachdem der Thee getrunken, verjankten die drei Damen wieder in Schweigen. Bettie hatte sich darauf gefreut, Sholto seine Tasse zu bringen. Ob er wohl überrascht sein würde, den Bedienten statt ihrer erscheinen zu sehen? Oder würde ihm das gleichgültig sein? Er schenkt allerdings jeden Abend ihr Kommen gern gesehen zu haben und hatte sie gestern unter dem nächsten Vorwand, ihr seine Photographien zeigen zu wollen, zurückzuhalten gesucht. Sie war nicht geblieben, was ihm leid zu thun schien. Ach nun würde sie ihn heute Abend nicht wiedersehen, und es war hier oben zum Sternen langweilig, da die alte Dame nicht sprechen wollte und die junge fast schlief! Aber wer trat dort in's Zimmer und sah aus, als schaue er sich ein klein wenig?

(Fortsetzung folgt.)

Nachdruck verboten.

Betties Irrthum.

Don C. King.

Autorisierte Ueberleitung aus dem Englischen von Marie Schulz.

„Wie lange wird der Graf hierbleiben, Sholto?“ lauteten Frau Fanes erste Worte, nachdem die Thür sich hinter Bettie geschlossen.

„Ich habe ihn auf etwa eine Woche eingeladen. Er scheint ein netter Mensch zu sein, aber ich weiß nicht, weshalb du so darauf erpicht bist, ihn hier zu haben.“

„Um des Mädchens willen.“

„Sie macht sich nichts aus ihm.“

„Ihr Männer seid blind; außerdem wird sie ihre Gefühle dir nicht gerade verrathen, und ich weiß sehr wohl, was ich thue.“

Mit ungeduldigem Achselhucken ging Sholto Fane aus dem Zimmer.

„An deiner Stelle würde ich die Einladung für Nella Davasour schreiben“, meinte Bella, als sie sich mit ihrer Schwiegermutter allein sah.

„Vielleicht doch. Sie ist munter und lebhaft.“

„Sie ist sehr gut gegen ihn — ich habe sie gern.“

„Wir bleibt leider keine Wahl; vielleicht kommt sie nicht.“

„Ja, sie wird kommen, denn sie freut sich herzlich ihrem langweiligen Leben daheim eine

Weile zu entgehen und hier nach Herzlustreiten zu können. Wir müssen ihr zu Ehren ein paar Gesellschaften geben.“

„Ja, wir wollen ein Ball veranstalten, und ich werde der intriganter Gouvernante einen nicht mißzuverstehenden Wink geben, daß ihre Gegenwart dabei überflüssig ist.“

Bei Mittagessen ging es an an diesem Tage lebhafte zu, als je bei einer Mahlzeit, seitdem die Mutter des Hausherrn durch ihren verstaubten Fuß verhindert worden, an ihren Thell zu nehmen. Zu Sholtos Erstaunen war seine Schwägerin munter und geprächtig, aber auch er war sehr gut aufgelegt und unterstützte sie bereitwillig in ihrem Bemühen, unterhaltend zu sein. Bettie hörte ihnen zu und beteiligte sich hin und wieder an dem Gespräch, in das Sholto sie hineinziehen suchte.

Im Bibliothekzimmer setzte sie sich auf ihren gewohnten Platz und zog das Strickzeug hervor, welches allmählich, anstatt eine Dual zu sein — anfangt, ihr Freude zu machen.

„Wollen Sie mir, bitte, das Abnehmen zeigen?“ bat sie schwüchtig die alte Dame, die von ihrer eigenen Arbeit auffaßt und einen raschen Blick auf den unsaubernden halben Strumpf, den Bettie aufhielt.

„Sie sollten ihn nur in's Feuer stecken“, antwortete sie schroff, „tragen kann ihn doch niemand.“

Bettie trat Thränen in die Augen. Womit hatte sie solche ungeogene Antwort verdient?

„Kommen Sie her, ich will es Ihnen zeigen“, legte Bella sich gelassen in's Mittel.

Schweigend erhob sich die Angeredete, um der Aufforderung Folge zu leisten.

„Vielen Dank“, sagte sie, sich neben Bella niedergelehnt.

„Sie sind noch nie mit mir am Grabe meines Mannes gewesen; Sie wollten einmal mit mir gehen. Wollen wir das morgen Nachmittag thun?“

Bettie zögerte mit der Antwort. War nicht heute Nachmittag von einem anderen Spaziergange, der morgen unternommen werden sollte, die Rede gewesen? Sollte sie darauf verzichten müssen, um die junge Witwe an das Grab ihres Mannes zu begleiten?

„Haben Sie irgend eine andere Verabredung?“ sagte Frau Peter Fane und blickte Bettie mit ihren schönen Augen verwundert an, als sie nicht gleich antwortete.

„Ich habe Peter halb und halb versprochen, mit ihm spazieren zu gehen.“

Eine gewisse Besangenheit hielt Bettie davon ab, zu erwähnen, daß Herr Fane um die Erlaubnis gebeten, sich ihnen anzuschließen zu dürfen.

„Peter kann mit uns gehen.“ entschied die Mutter des Knaben, und Bettie fühlte, daß damit jeder weitere Einwand abgelehnzt sei. Das ist also abgemacht; morgen um drei Uhr. Wissen Sie, daß Graf Charnford morgen auf einige Tage zu Besuch erwartet wird?“

„Ja, Herr Fane erzählte es mir.“

„Es ist wohl ein sehr guter Freund von Ihnen?“

Die Zolltarifcommission nahm heute mit 12 gegen 6 Stimmen die bekannte Resolution Salisch-Hammacher an, wonach zollfreie Waren (aus Spanien und den spanischen Colonien) mit Zöllen belegt und Zölle für zollpflichtige Waren bis auf's Doppelte erhöht werden können.

Berlino. Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 21. Februar.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses bot ein kleines Vorspiel zur Debatte über den Umsturz. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Aufforderung, welche von der Rechten und dem Centrum an den Ministerialen erging, dem schon seit längerer Zeit umlaufenden Gerücht, daß eine kleine Umsturzvorlage, vielleicht eine Abänderung des Vereinsgesetzes, kommen wird, neue Nahrung zusüßt; das Abgeordnetenhaus ist ja auch für eine solche Vorlage der beste Boden, wie das heutige Vorspiel beweist. Daß bei der fortgeschrittenen Beratung des Staats des Ministeriums des Innern der Centrums-Abgeordnete Freiherr v. Heereman über die Unsitthlichkeit unserer Theater Beschwerde führte, gab Veranlassung zu einer großen Debatte. Das Abgeordnetenhaus war im Nu in ein Tribunal umgewandelt, welches über das stiftliche Niveau unserer Theater aburtheilte, namentlich trat dabei der Minister v. Röller als oberster Censor auf; er brachte namentlich das Verbot von Hauptmanns „Weber“ zur Sprache, das bekanntlich in einem Falle vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben worden ist. Der Minister begnügte sich nicht damit, seine Organe troh dieser Entscheidung des Gerichts aufs neue das Verbot des Stücks zu veranlassen; das kann er ja thun. Der Minister gab aber dadurch zu ernsten Bedenken Veranlassung, daß er eine unzulässige Kritik an der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts übe. Die Bedenken brachte der Abg. Rickert in entschiedener Weise zum Ausdruck.

Schließlich wurde die Beratung des Staats des Ministeriums des Innern beendet; die Vorlage betreffend die Fischerei der Adjacenten in den Privatflüssen der Rheinprovinz wurde nach unerheblicher Debatte an eine Commission verwiesen.

Um 3½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Morgen um 11 Uhr Beratung des Cultusfests.

Abg. Frhr. v. Heereman (Centr.) bittet den Minister, mit aller Schärfe gegen die theatralischen Darstellungen einzuschreiten, welche Gute und Religion verhöhnen. Früher sei das anders gewesen. Die Theater seien jetzt zu einer Stätte der Unsite und der Unzucht herabgesunken und dienten nur dazu, den Geschmack des Publikums zu verschlechtern.

Staatsminister v. Röller: Ich danke dem Vorsitzer für die Anregung, die er gegeben hat. Auch ich bin der Ansicht, daß die Theater in den letzten Jahrzehnten nicht mehr Bildungsstätten sind und zur Pflege historischer Erinnerungen dienen, wie sie sollen. Namentlich sind in der Residenz eine Reihe neuer Theater entstanden, die in erster Reihe nur recht viel verdienen wollen, selbst auf die Gefahr hin, die Moral des Volkes zu ruinieren. (Abg. Graf Strachwitz (Centr.) ruft: Dasselbe thun auch die meisten neuen Schriftsteller.) Staatsminister v. Röller fortwährend: Das ist richtig. (Zwischenruf des Abg. Rickert: Nein!) Der moralische Sinn des Volkes geht dadurch verloren. (Zwischenruf des Abg. Rickert: Sehr richtig, in Folge der Interessenwirtschaft!) Es gelingt aber nicht, selbst wenn man den ernsten Willen hat, eine Änderung durchzusehen, wenn das Oberverwaltungsgericht politische Verbürgungen in dieser Beziehung aufhebt, z. B. das Verbot der Aufhebung von Hauptmanns „Weber“. Aber das gilt nur für einen Fall. Ich bin deshalb der Polizei dankbar, daß sie die Aufführung der „Weber“ wieder verboten hat. Ich kann nur bitten, solche öffentlichen Scandalfälle hier vorzubringen und der Regierung beizustehen.

Abg. Graf Limburg (conf.): Ich erkläre mein Einverständnis mit dem Minister des Innern. Ich bitte auch das Centrum, sein Misstrauen gegen die Regierung fallen zu lassen und ihr größere Machtvollkommenheiten zu gewähren.

Abg. Rickert: Ich wollte nicht sprechen, da ich noch nicht wohl bin, aber es drängt mich doch, Vermahnung einzulegen, daß der Herr Minister des Innern es unternommen hat, unter höchstem Verwaltungsgericht hier zu kritisieren. (Sehr richtig! links.) Alle Parteien müßten es thun. (Bravo und lebhafte Widerprüfung.) Das kann doch dem Ansehen des Gerichts nicht dienen, wenn der Minister den Erkenntnissen derselben gegenüber hier jeder untergeordneten Polizeibehörde dankt, wenn sie entgegen handelt. Aehnelt das nicht auch subversiven Tendenzen? (Sehr richtig! links.) Was die öffentliche Moral untergräßt, das ist die nackte Interessenwirtschaft, welche in alle Zweige der Gesellschaft eindringen droht (Sehr richtig! links) und die namentlich von denen rückhaltlos betrieben wird, die sich immer ausgeben als die Stühlen von Thron, Religion und Vaterland. (Beifall.)

Staatsminister v. Röller: Herr Rickert mag die Interessenwirtschaft in seinen eigenen Kreisen begeistigen und der Regierung die ihr näher stehenden Kreise überlassen. Ich habe nicht das Oberverwaltungsgericht kritisiert, sondern bloß gelagt, daß es nur für den einzelnen Fall gilt, und ich hoffe, daß das Oberverwaltungsgericht demnächst anders entscheiden wird. Nur für Berlin und Breslau ist aus lokalen Gründen die Aufführung der „Weber“ gestattet worden. Meine Bemerkungen mögen Herrn Rickert unangenehm berühren, aber es muß Ernst mit dem Schutz der heiligsten Güter der Nation gemacht werden, so lange wir noch die Macht dazu haben. Ob das Herrn Rickert gefällt oder nicht, ist mir gleichgültig. Ihre Kritik ist mir nicht mehr wert, als die der ganzen Presse. (Beifall recht.)

Abg. Frhr. v. Heereman (Centr.): Sr. Rickert hat gar keinen Grund, sich zu erfreuen, wenn es sich um Verhinderung der Verhöhnung von Gute und Religion handelt. Ein Gerichtsurteil kann

kritisirt werden und bei der Handhabung der Polizei muß ein gewisser Spielraum gegeben sein. Soll aber das Centrum, wie hr. v. Limburg-Stirum uns räth, sein Misstrauen der Regierung gegenüber aufheben, so mag hr. Graf Limburg-Stirum den Rest des Kulturkampfes befeitigen helfen. Von dem Minister erwarten wir entschieden Schutz der Religion und Sitten des Volkes.

Abg. Frhr. v. Sedlik (freicons.) erklärt sein Einverständnis mit dem Minister in Bezug auf die Aufführung von Hauptmanns „Weber“.

Graf Limburg-Stirum (conf.): Wir wollen die Gerichtshöfe nicht entlasten, aber ihnen auch keine höhere Kompetenz zuschreiben, als sie schon haben. Sollte etwa wegen des einen Urteilspruches des Ober-Verwaltungsgerichts die „Weber“ jetzt überall aufgeführt werden können? Wo bleibt da das Recht der Krone und der Minister? Redner schließt gegen den Abgeordneten Rickert gewendet: Soll das den Staat untergraben, wenn große Kreise im Lande um ihre wirtschaftliche Existenz ringen, wobei mit geringen Ausnahmen loyal gesuchten wird? Was jetzt auf diesem Gebiete geschieht, ist das reine Kinderpiel gegenüber der freihändlerischen Agitation.

Abg. Hobrecht (nat.-lib.): Mit der zweiten Erklärung des Ministers bin ich einverstanden. Seine erste Rede hat auch auf mich den Eindruck gemacht, als ob er eine Kritik an dem Oberverwaltungsgericht über wollte. Dieses Gericht ist eine der größten Errungenchaften der letzten Jahrzehnte, die ich in keiner Weise angestastet sehen möchte. (Beifall.)

Abg. Rickert: Zu den Anregungen, wie sie hr. v. Heereman gegeben, bestreite ich niemandem das Recht, auch nicht das Recht, Urteile der Gerichte zu kritisieren.

Bezüglich der Lingelstiel wäre es aber doch interessant, zu untersuchen, welche Gesellschaftsklassen das größte Contingent für den Besuch derselben und noch höher gearbeitet unsitthlicher Institute geben. (Sehr richtig! links.)

Im Reichstage bietet sich Gelegenheit genug, dies Thema weiter zu erörtern. Danach sollte ich nur dem Minister für die Liebenswürdigkeit, mit der er erklärt, daß ihm an meinem Urteil gerade soviel liegt, wie an dem der ganzen Presse, nämlich gar nichts. (Heiterkeit.) Ich kenne ja meinen alten Collegen aus parlamentarischer Zeit; er ist demselben so ähnlich wie ein Sohn dem andern, dieselbe unruhige Frische. Auch ich bin unempfindlich wie damals gegen seine Liebe. Unter Verhältnis bleibt das alte. (Heiterkeit.) Aber bezüglich des Oberverwaltungsgerichts will er mir doch zu leicht entglüfen. Was würden Sie zu einem Justizminister sagen, der ein Urteil des Kammergerichts hier so kritisirt und dann hinzufügt, er hoffe, das Kammergericht werde in späteren Fällen anders entscheiden? Auch der Schein einer Einwirkung und höflichen Röthigung von dieser Stelle aus muß peinlich vermieden werden, zumal bei dem höchsten Verwaltungsgerichtshof, dessen Ansehen und Unabhängigkeit zu erhalten in Aler Interesse liegt. (Bravo! links.)

Staatsminister v. Röller: Die Rathschläge des Herrn Rickert werde ich niemals befürworten. Ich habe an dem Urteil keine Kritik geübt, sondern ausdrücklich bemerkt, daß es sich um einen einzelnen Fall handelt, der nunmehr erledigt ist. Ich habe auch an den Gründen keine Kritik geübt, sondern nur gesagt, daß nach den gemachten Erfahrungen das Urteil häufig anders ausfallen wird, wenn die Polizei an anderen Orten die Aufführung der „Weber“ verbietet. Ich habe den Polizeibehörden nur eine Directive geben wollen. Das ist mein gutes Recht, von dem ich Gebrauch machen werde, selbst auf die Gefahr hin, die Liebe des Abg. Rickert zu verlieren.

Es wird darauf in der Beratung des Staats des Innern fortgeschritten, wobei der Wunsch nach Gehaltsaufbesserung für Gendarmeriebeamten ausgesprochen wird.

Abg. Dr. Arendt (freicons.) spricht dem Minister seinen Dank für Schaffung der ministeriellen „Berliner Correspondenz“ aus.

Staatsminister v. Röller tritt entschieden für diese seine Schöpfung ein. Es kommen so viel entstellt und falsche Berichte in die Presse, daß ein Organ nothwendig war, um Berichtigungen zu bringen. Ich werde dasselbe unbedingt weiter bestehen lassen und mache mir nichts daraus, ob ich deswegen auch gehönt und geschmäht werde.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Berlin, 21. Februar. Im Abgeordnetenhaus konstituierte sich heute aus allen Parteien die Vereinigung für körperliche werthältige Erziehung.

Deutschland.

Berlin, 21. Febr. Anlässlich der bevorstehenden Eröffnungsfeier am Nordostseekanal bildet die Rückgabe Schleswigs an Dänemark das Tagesgespräch der politischen Kreise Berlins und der Berliner Gesellschaft — so behauptet das im Schleswigschen erscheinende deutschfeindliche Organ „Modersmalet“. Sicherlich werden die Berliner über diese Meldung am meisten staunen. Das citirte Blatt schreibt:

„Ein allgemein verbreitetes Gerücht, das in den Berliner Cafés eifrig erörtert wird, will wissen, daß man am deutschen Kaiserhofe für die Wiederabtretung Schleswigs an Dänemark günstig gesinnt ist. Der zwingende Grund ist, daß Deutschland nach der Eröffnung des Nordostseekanals ein erhöhtes Interesse daran habe, im Falle eines Krieges mit Frankreich oder Russland auf freundhaftlichem Fuße mit Dänemark zu stehen. Persönliche Rücksichten sollen dabei eine Rolle spielen. Es wird behauptet, daß die deutsche Kaiserin für den Plan arbeitet; die hohe Frau habe ja dänisches Blut in den Adern. Das Gerücht besteht und hat große Ausdehnung gewonnen. Man nimmt an, daß die Wiederabtretung Schleswigs ein Glied in der Kette von Feslichkeiten bilden wird, die zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals stattfinden werden. Deutschland könnte in keiner schöneren und besseren Weise die Aufmerksamkeit auf sich lenken als durch einen solchen Act der Gerechtigkeit!“

Es geht doch nichts über eine fruchtbare Phantasie und über etwas Edler in ernster Zeit.“

* [Der Nestor der deutschen Parlamentarier]

v. Bochum-Dolfs vollendete am Dienstag auf seinem Ruhesthöhlchen bei Böllingen bei Doenst das dreundneunzigste Lebensjahr. Herr v. Bochum-Dolfs war in der Conflictszeit Führer des mit der Fortschrittspartei verbündeten „linken Centrums“ und erster Vicepräsident des Abgeordnetenhauses.

* [Zum Falle Derhen] im Reichstage sei daran erinnert, daß der Reichstagspräsident Herr v. Levetzow vor zwei Jahren auch den früheren Kriegsminister rectificirt hat, der einem Abgeordneten Verleumdung vormerken zu dürfen geglaubt hat. Im Jahre 1883 ist auch der damalige Finanzminister Herr v. Scholz einmal vom Reichstagspräsidenten rectificirt worden. Ohne Vorgang also, wie manche Blätter annehmen, ist der Fall nicht.

* [Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer] hält am Mittwoch ihre Schlußsitzung ab. Regierungsrath Evert-Berlin sprach hierauf über die Thätigkeit der Vereinigung und des Congresses deutscher Landwirthe während zweier Decennien (1874—1894). Der Redner gab einen historischen Rückblick und versicherte, die Landwirtschaft habe niemals egoistische Forderungen gestellt, sondern immer nur Partität verlangt. Die Landwirtschaft habe in energetischer Weise die sozialpolitische Gesetzgebung unterstützt und sei auch für das Handwerk eingetreten. Den Namen Agrarier würde man trotzdem nicht los werden, es schade dies auch nichts, da hierdurch die Bevölkerung daran gemahnt werde, daß die Deutschen ein landwirtschaftstreibendes Volk seien. Fabrikbesitzer Wülfing versuchte auch für die Interessen der Industrie einzutreten, wurde aber von dem Abg. Frhr. v. Eassa bekämpft, welcher erklärte, ein einigermaßen freundliches Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft ließe sich nur herstellen, wenn die Industrie von den Handelsverträgen auch keinen Vortheil habe. Sodann referierte Dr. Ruhland-Zürich über „Deutschlands handelspolitische Beziehungen zu Amerika“. Er empfahl die in unserer heutigen Morgenzeitung bereits als angenommen gemeldete Resolution. Graf Ranitz, der als Correferent fungirte, wandte sich besonders gegen Nordamerika, welches er als den rücksichtslosen Staat gegen alle anderen Länder bezeichnete. Er betrachtete sich nur als Selbstmech und gehe nur Meistbegünstigungsverträge mit anderen Staaten ein. Mit Deutschland besteht ein solcher Meistbegünstigungsvertrag überhaupt nicht. Der Handelsvertrag mit Amerika sei abgeschlossen, ohne jede Gegenleistung uns gegenüber. Während Amerika seine Landwirtschaft und Viehzucht durch hohe Zölle schützt, sucht es sein Baumwollöll abzuholen. Gegenüber unserem Export habe die Viehreinfuhr nach hier von Amerika aus im Jahre 1891 über 98 Millionen Mk., 1892 über 265 Millionen Mk. und im Jahre 1893 über 108 Millionen Mk. betrugen. Graf Ranitz verlangte ferner, daß Deutschland gegenüber dem amerikanischen Zuckerausfallszoll eine gleiche hohe Zuckerpämie einführe.

Nach der Annahme der Resolution Ruhland wurde die Generalversammlung geschlossen.

* [Der Verein der Eisenhüttenleute] hatte in Aussicht genommen, den Fürsten Bismarck zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Wie nunmehr bekannt wird, hat Fürst Bismarck dem Verein mitgetheilt, daß er die in Aussicht genommene Ernennung als eine hohe Ehre ansiehe. Die Ernennung soll in einer am 31. März d. Js. zu Düsseldorf stattfindenden Festveranstaltung erfolgen und dem Fürsten durch besonderes Telegramm aus der Verfassung mitgetheilt werden. Außerdem soll eine Urkunde darüber in Eisen angefertigt werden. Zur Herbeiführung einer geeigneten künstlerischen Ausführung derselben hat der Verein einen besondern Ausschuß eingesetzt.

* [Revision des deutschen Handelsgefechtbuches.] Wie die „M. P. C.“ erfährt, steht nach Fertigstellung des bürgerlichen Gesetzbuches eine Revision des deutschen Handelsgefechtbuches in Aussicht. Um diese Arbeit möglichst gründlich vornehmen zu können, ist die vorherige Veranstaltung einer umfassenden Enquete beabsichtigt. Diese wird vielleicht noch in diesem Jahre veranstaltet werden.

* [Rohstoffproduktion.] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Rohstoffproduktion des deutschen Reichs (einfach Luxemburgs) im Monat Januar 1895 auf 489 575 To.; darunter Buddelrohreisen und Spiegelsteine 153 950 To., Bessenerrohreisen 33 166 To., Thomasrohreisen 226 649 To., Gießereirohreisen 75 810 To. Die Produktion im Januar 1894 betrug 426 418 To., im Dezember 1894 498 233 To.

Hamburg, 21. Februar. (Telegramm.) Die Generalversammlung der Hypothekenbank in Hamburg genehmigte die vorgeschlagene Dividende von 8 Prozent, welche sofort zahlbar ist, und erledigte die Tagesordnung ohne Debatte.

England.

London, 20. Februar. Die Königin ist in Begleitung der Kaiserin Friedrich in Windsor eingetroffen. (W. L.)

Amerika.

Philadelphia, 20. Februar. Zum Mayor von Philadelphia wurde heute der Republikaner Warwick mit 55 000 Stimmen Mehrheit gewählt, trotzdem der erbitterte Kandidat unter den republikanischen Parteigruppen die Stimmzahl der Republikaner vermindert hatte. Von republikanischer Seite wird der Wahl infolfern weitergehendes Interesse beigemessen, als sie den Sturz des bisherigen „Boh-Reimes“ bedeute. (W. L.)

Montevideo, 20. Febr. Nach einer Mitteilung von der brasilianischen Grenze konzentrieren sich die Außständischen unter der Gama del Rio Grande.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. Febr. Anlässlich der bevorstehenden Eröffnungsfeier am Nordostseekanal bildet die Rückgabe Schleswigs an Dänemark das Tagesgespräch der politischen Kreise Berlins und der Berliner Gesellschaft — so behauptet das im Schleswigschen erscheinende deutschfeindliche Organ „Modersmalet“. Sicherlich werden die Berliner über diese Meldung am meisten staunen. Das citirte Blatt schreibt:

„Ein allgemein verbreitetes Gerücht, das in den Berliner Cafés eifrig erörtert wird, will wissen, daß man am deutschen Kaiserhofe für die Wiederabtretung Schleswigs an Dänemark günstig gesinnt ist. Der zwingende Grund ist, daß Deutschland nach der Eröffnung des Nordostseekanals ein erhöhtes Interesse daran habe, im Falle eines Krieges mit Frankreich oder Russland auf freundhaftlichem Fuße mit Dänemark zu stehen. Persönliche Rücksichten sollen dabei eine Rolle spielen. Es wird behauptet, daß die deutsche Kaiserin für den Plan arbeitet; die hohe Frau habe ja dänisches Blut in den Adern. Das Gerücht besteht und hat große Ausdehnung gewonnen. Man nimmt an, daß die Wiederabtretung Schleswigs ein Glied in der Kette von Feslichkeiten bilden wird, die zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals stattfinden werden. Deutschland könnte in keiner schöneren und besseren Weise die Aufmerksamkeit auf sich lenken als durch einen solchen Act der Gerechtigkeit!“

Der Reichstag verabschiedet den allgemeinen Erlass vom 15. Dezember 1894 betreffend die Umgestaltung der Eisenbahnbeförderungen. Die Verwaltungsordnung wird am 1. April eingeführt.

Der brandenburgische Provinzial-Landtag stimmte heute der Bildung einer Landwirtschaftskammer zu, welche aus 75 Mitgliedern bestehen soll.

— Auf der heutigen Versammlung der deutschen Schweinezüchter hielt der conservative Abg. v. Podbielski eine Vobrede auf den russischen Handelsvertrag; derselbe habe erheblich

zur Förderung der deutschen Schweinezucht beigetragen. (Hr. v. Podbielski hatte im Reichstage gegen den Vertrag gestimmt.)

— Die Königin von England übersandte dem Commandeur des 1. Garde-dragoner-Regiments zu dem 80. Stiftungsfeste des Regiments ein Telegramm, worin sie ihre aufrichtigen Glückwünsche anlässlich dieses Tages übermittelte.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über Abänderung der Verordnung betreffend den Geschäftskreis und die Einrichtung der Verwaltung der deutschen Gewerke vom 26. Dezember 1875, wonach die Geschäfte der Gewerke unter Leitung eines Directors in Abteilungen verwaltet wird, deren Gliederung durch den Reichskanzler erfolgt; zu dem Geschäftsbereich gehören ferner die erforderlichen Agenturen, meteorologische Beobachtungsstationen und Signalstellen.

Leipzig, 21. Februar. Das Reichsgericht hat heute die Revision der Redakteure Alester und Zimmermann, welche in Köln am 20. November wegen Beleidigung des Staatssekretärs v. Marshall verurtheilt worden waren, verworfen. Die Revision des Staatsanwalts wurde ebenfalls verworfen.

Bonn, 21. Febr. Prinz und Prinzessin Heinrich sind zu mehrtägigem Besuch bei dem Prinzen und der Prinzessin Schaumburg-Lippe hier eingetroffen.

Stuttgart, 21. Februar. Die Abgeordnetenkammer wählt Payer (Demokrat) mit 52 Stimmen zum Präsidenten; die freie Vereinigung, welche aus sämtlichen Nichtdemokraten und nicht dem Centrum angehörigen Abgeordneten gebildet ist, besteht aus 38 Mitgliedern.

Paris, 21. Februar. Das Urteil in dem Expressionsprozeß gegen die Redakteure und Zeitungsdirectoren verkündet: Declercq wurde zu 15 Monaten Gefängnis und 200 Frs. Geldstrafe, Hesler und Girard zu je 2 Jahren Gefängnis und 1000 Frs. Geldstrafe, Dreyfus zu 1 Jahr Gefängnis und 500 Frs. Geldstrafe, Portalis in contumaciam zu 5 Jahren Gefängnis und 3000 Frs. Geldstrafe, Blozouski in contumaciam zu

Bienenzwölfe bei Rheinsberg versezt; Fuß, Förster zu Schäfer, nach Sielheim, Oberförster Greben (Reg.-Bez. Königsberg) v. 1. April ab versezt; Gültig, königl. Forstkassenrentant zu Braunsberg, die Verwaltung der königl. Forstkasse zu Mehlauken (Reg.-Bez. Königsberg) v. 1. April übertragen.

[Beisitzerverein deutscher Ingenieure.] In der zweiten Februarversammlung des weltl. Beisitzervereins deutscher Ingenieure hielt Herr Ingenieur Koch, Vorsteher der hiesigen Firma Siemens u. Halske, seinen vierten Vortrag über „Grundzüge der Starkstrom-Elekrotechnik und ihre Anwendung auf dem Gebiete der Beleuchtung und Kraftübertragung.“ Derselbe sprach über die zur Aufspeicherung der Elektricität verwendeten secundären Elemente, die Accumulatoren. Er erklärte das Wesen derselben, das auf der Polarisation der Elektroden in einem Derschungsapparat beruht. Das Wesen des Accumulators besteht darin, daß der Strom bei der Ladung auf den Elektroden eine chemische Veränderung hervorruft, welche ein Arbeitsvermögen enthält und dieses aufgespeicherte Arbeitsvermögen wird bei der Entladung in Elektricität umgedreht. Planit sei als der Erfinder der jetzt in der Elektrotechnik verwendeten Bleiaccumulatoren anzusehen, aber erst der Accumulatorfabrik Actien-Gesellschaft Hagen i. W. sei es mit Verwendung des Tudor'schen Systems gelungen, einen für die Praxis brauchbaren Accumulator zu fabricken, der jetzt fast ausschließlich verwendet würde. Redner zeigte an ausselegten Accumulatorplatten die verschiedenen Stadien der Fabrikation derselben. Mit großem Interesse folgte die zahlreiche Versammlung den Ausführungen des Vortragenden. Vorher erledigte der Vorsitzende, Herr Oberingenieur Münster, die übrige Tagesordnung und heilte mit, daß ersterzeitlicherweise die Anmeldungen zu dem am 23. d. Ms. stattfindenden Stiftungsfeste recht zahlreich eingelaufen seien.

[Gewerbe-Verein.] Zu den interessantesten diesjährigen von dem allgemeinen Gewerbe-Verein veranstalteten Vorträgen gehörte der gestrige, an dem der Dozent an der Humboldt-Akademie in Berlin, Herr Jens Lüthen, einen Vortrag über das Thema: „Ein Ausflug in den Weltraum“ hielt. Redner führte in seinem fesselnden und durch gesicht eingeflossene Scherze gewürzten Vortrage die außergewöhnlichen und geräumigen Saal bis auf den letzten Platz gefüllt hatten, an der Hand vorzüglicher Lichtbilder, in denen nicht nur Ansichten der Himmelskörper und ihrer auffälligsten Erscheinungen, sondern auch Darstellungen mehrerer astronomischer Vorgänge gezeigt wurden, durch den Weltraum. Ein prächtiges Bild bot der Sonnenuntergang, dem Ansichten des Mondes, des Planetensystems und der Cometenbahnen folgten; den Schluss bildete eine entzückende Ansicht des Sonnenaufgangs. Reicher Beifall lohnte Herrn Lüthen für seinen fesselnden Vortrag. Der Vorsitzende sprach dem Herrn noch den besonderen Dank des Vereins aus.

[Liedertafel des Beamtenvereins.] Im Saale des Kaiserhofes hatten gestern Abend zum ersten Male die Mitglieder der von dem preußischen Beamtenverein gebildeten Liedertafel eine größere Festlichkeit veranstaltet, die einen glanzvollen Verlauf nahm. Unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten, Herrn Brandstätter, kamen verschiedene schwungvolle Männerchöre zum Vortrage, diesen folgten Instrumentalvorträge und Solosänge bis schließlich der Tanz begann, der die Teilnehmer in ungestörter Harmonie bis zu frühen Morgenstunde beisammen hielt.

[Schwurgericht.] In der Anklage wegen Kindermordes gegen die unverheirathete Schröder aus Russisch gab diese das ihr zur Last gelegte Verbrechen in vollem Umfange zu. Sie hätte das Kind in ihrer Verzweiflung aus Nahrungsorgeln umgebracht. Wie sie angibt, schlug sie an einer abgelegenen Stelle des Waldes dem neugeborenen Kinde mit der Faust so lange auf den Kopf, bis sie annahm, daß dasselbe tot sei. Um ganz sicher zu gehen, stieckte sie dem Kinde auch noch einen Erdloch in den Mund. Darauf wickelte sie dasselbe in ihre Schürze und vergrub es. Der Gendarm in Praust erhielt einen anonymen Brief, in dem stand, daß von der Angeklagten ein Kindermord begangen sein sollte. Daraufhin wurde in Russisch nachgefragt und die Angeklagte verhaftet. Die durch Herrn Kreisphysicus Dr. Schäfer vorgenommene Obduction der Kindesleiche ergab, daß der Schädel derselben zertrümmt war, die Verletzungen allein hätten schon genügt, das Kind bald zu töten, den direkten Tod hat dann das Ersticken durch die in den Mund gestopfte Erde herbeigeführt. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte schuldig, bemühten ihr jedoch milde Umstände. Der Gerichtshof verurtheilte darauf die Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren.

[Vacanzenliste.] Gemeinde-Dorstand in Ohra zum 1. März ein Gemeindediener, monatlich 36 Mk. — Königl. Amtsgericht in Thorn sofort ein Aanleihhilfe, 5 bis 6 Pfennig pro Seite. — Kreisausschuß in Darkehmen zum 1. April ein Kreis-Ausschuß-Sekretär, 1800 Mk. jährlich, steigend bis 2400 Mk.

— Magistrat in Gumbinnen zum 1. April ein Polizeisergeant, 825 Mk. Gehalt, 100 Mk. Wohnungsgeldzuschuß und 75 Mk. Kleidergelder, Magazinalgehalt 1200 Mk. — Magistrat in Königsberg zum 1. April ein Maschinist und Thorschreiber im städtischen Armenhause, monatlich 50 Mk., außerdem freie Station und Bezahlung für die eigene Person. — Magistrat in Rhein i. Ospr. zum 1. April ein Polizeisergeant, 600 Mk., freie Wohnung und Aktenhaltung im Werthe von 10 Mk., für Beleuchtung und Heizung ic. der Polizeiwache 90 Mk. — Magistrat in Barth sofort ein Überwächter bei der Nachtwache, 348 Mk. und 30 Mk. Kleidergelder. — Magistrat in Bromberg sofort ein Pförtner am städtischen Schlachthaus. Jahresgehalt 900 Mk., sowie freie Dienstwohnung und freies Brennmaterial. — Magistrat in Rake zum 1. März ein Polizeiwachmeister, einschließlich freier Wohnung und Feuerung 1131 Mk. und 150 Mk. Beleidungshilfe. — Agt. Strafanstaltsdirection zu Raudorf zum 1. April ein Aufseher bei der Strafanstalt, 900 Mk. Gehalt und 150 Mk. Miethsenhärdigung. Maximallgehalt 1500 Mk. — Kais. Postamt in Stettin-Neuforney zum 1. April ein Stadtpostbote, 700 Mk. Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß.

Wildschuhjäger, Gehalt monatlich 60 Mk. und hohes Schußgeld. Bewerbungen an C. Willner, Pankow bei Berlin. — Jagdaufseher, zum 1. März cr. für Jagdhaus Plohmühle, Görlitz. Bewerbungen an Premier-Lieutenant Neyman, Breslau, Nachodstr. 13. — Hülfjäger, zum 1. April cr. Burggräfl. zu Dohna-Schloss Rohenau (Niederschlesien). — Waldwärter und Jäger, zum 1. April cr. Dom. Lautow bei Jelzen in Hinterpommern. — 2 Straßenmeister, in der Rheinprovinz sofort. Gehalt 1200 Mk., steigend von 2 zu 2 Jahren um 75 Mk. bis zu 1800 Mk., daneben Miethsenhärdigung. Die Annahme hängt von einer Prüfung ab. 1 Jahr Probendienstzeit nach etatsmäßiger Anstellung als Straßenmeister hängt vom Beenden der Reiseprüfung an der in Stralsund (Elbe) befindlichen Schule zur Ausbildung von Wegemeistern ab; die Anwärter werden daher diese Schule 4 Semester lang zu besuchen haben; von Beginn der Probendienstzeit ab bestehen die Anwärter eine monatliche Vergütung von 80 Mk., welche nach einem halben Jahre auf 90 Mk. erhöht werden kann. Nach besonderer Prüfung wird der Anwärter im Strafenaufsichtsdienst praktisch beschäftigt und erhält eine monatliche Vergütung von 100 Mk., bis es noch Maßgabe der eingetretenen Vacanzen thunlich ist, ihm eine etatsmäßige Stelle zu übertragen; für die nicht unerheblichen Aufwendungen für die Ausbildung des Bewerbers hat sich derselbe zu verpflichten, mindestens 5 Jahre nach bestandener Prüfung im Dienst der rheinischen Provinzial-Straßen-Verwaltung zu verbleiben; den etatsmäßigen angestellten Straßenmeistern kann der Pensionsanspruch besonders beigelegt werden. Bewerbungen an den Landesdirector der Rheinprovinz in Düsseldorf. — Steuerreheber beim Steueramt

für indirekte Abgaben zum 1. April er. Gehalt 1200 Mark und 110 Mk. Kleidergelder. Gehalt steigt von zwei zu zwei Jahren um 80 Mk. bis 1800 Mk. Aufstufen in eine höhere Stelle ist nicht ausgeschlossen. 6 Monate Probezeit, dann Anstellung auf dreimonatliche Ablösung. 1000 Mk. Caution. Bewerbungen an das Oberbürgermeisteramt zu Coblenz. — Capitulanten, Gefreite oder jüngere Unteroffiziere sucht 11. Compagnie 138. Infanterie-Regiments in Stralsburg i. E. — Unteroffiziere und Capitulanten sucht 12. Compagnie 136. Infanterie-Regiments in Dieuze.

Aus der Provinz.

[Aus dem Kreise Neustadt, 21. Febr. [Abänderung des Vertheilungsmakstabs für die Aufbringung der Kreisabgaben im Kreise Neustadt.] Imwischen ist der Vorlaut der Vorlage des Kreisausschusses bekannt geworden. Der Antrag derselben lautet wie folgt:

I. Die Kreissteuern sind vom 1. April 1895 ab als Zuschläge zu den directen Staatssteuern (mit Auschluß der Wandergewerbesteuer) und zu den auf Grund des § 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 veranlagten Gemeinde-Normalsteuerjähren aufzubringen und mit der Menge zu vertheilen, das vom Staate veranlagte Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer der Alaten I. bis IV. um 25 Proc. stärker belastet werden, als die Einkommen-, Gemeindenormalesteuer und die Betriebssteuer.

II. Juristische Personen, Gesellschaften ic., soweit dieselben zur Entrichtung der vom Einkommen zu erhebenden Kreissteuern im Kreise Neustadt gefährlich verpflichtet sind, oder physische Personen, welche in verjüden Kreisen solcher Kreibesteuerung unterliegen und dazu nach Vorschrift des § 91 V. 4 des Communalabgabengesetzes zu veranlagen sind, werden in demselben Procentverhältnis mit dem Zuschlage, wie die übrigen Kreise eingezogen, herangezogen.

III. Einkommen unter 300 Mk. werden nicht besteuert, dagegen die Kreisabgabepflichtigen mit Einkommen von 300 bis 900 Mk. nicht freigelassen.

IV. Der königl. Fiscus wird mit der Grund- und Gebäudesteuer um die Hälfte desjenigen Procentes stärker belastet, mit welchem die Einkommensteuer zu den Kreisabgaben herangezogen wird.

Die Begründung der Vorlage ist eine außerordentlich dürftige. Es wird angeführt, daß der Kreisausschuß mit Rücksicht darauf, daß Zoppot und Neustadt zusammen $\frac{1}{12}$ der Kreisabgaben zahlen, an den der Staatskasse gegenüber außer Gebbung gesetzten Realsteuern aber nur mit $\frac{1}{16}$ Theil haben, die vorgeschlagene Änderung des Vertheilungsmakstabs für gerechtfertigt erachtet. Die Motivierung enthält außerdem unrichtige Zahlangaben. Die Ortschaften Neustadt und Zoppot zahlen nicht $\frac{1}{12}$ der Kreisabgaben, sondern, wie der Kreisausschuß selbst in seinem in der Vorlage in Bezug genommenen Verwaltungsbericht angibt, von 65 412 Mk. = 86 071 Mark, also 55 Proc. Die Vorlage macht den Eindruck, als ob sie nicht aus dem inneren Herzen des Kreisausschusses hervorgegangen, sondern irgend einem äußeren Einfluß, vielleicht einer Anregung von höherer Stelle, herangetrieben worden. Im übrigen ist zu Nr. I. der Vorlage nichts weiter zu bemerken. Die Nummern II. und IV. bestätigen den bisherigen Modus auch die Folge. Bleibt Nr. III. Bisher wurde die Kreissteuer auch von dem geringsten Einkommen erhoben. Die Vorlage will die Einkommen von weniger als 300 Mk. von der Steuer freistehen; die Einkommen von 300 Mk. und darüber sollen aber kreissteuerpflichtig bleiben. Dieser Vorschlag hat für Zoppot gar keine Bedeutung, da hier Einkommen unter 300 Mk. kaum vorkommen und wenn sie vorkommen, die Kreissteuer nach regeimäßig als uneinziehbar erwiesen. Die Gemeinde Zoppot hat daher schon seit Jahren der Unterwerthaltung der Kreissteuer auf die Einkommen nicht nur bis 300 Mk. egl., sondern bis einschließlich 420 Mk. Abstand genommen und die betreffende Kreissteuer auf die Gemeindehafte übernommen. Wenn der Kreisausschuß die unterste Steuerstufe entlasten will, so hätte er wenigstens für die ganze Stufe, also bis einschließlich 420 Mk. Befreiung von der Kreisabgabe beantragen sollen. So wie er hergestellt ist, ist der Antrag III ein Schlag in's Wasser.

„Hela, 20. Februar. Dieser Tage besuchte Herr Landrat Dr. Albrecht unsere Halbinsel; er hielt hier mit sämtlichen Hochsee-Therschen eine Conferenz ab. — In dieser Nacht ist hier eine Eisbrücke entstanden. So weit das Auge reicht, ist kein Wasser zu sehen. Als Vorboten dieser „Eiszeit“ zogen schon Abends Schaaren von wilden Enten über Hela.“

Ebing, 21. Februar. (Telegramm.) Die Unterschlagungen des Sparkassen-Controleurs Pantel sollen nur 2700 Mk. betragen.

SS Hammerstein, 20. Februar. Zum Pfarrer der protestantischen Gemeinde ist heute vom hiesigen Magistrat, als Patron, der Predigtsatz-Candidat Steffens aus Jastrow gewählt.

K. Schweiß, 21. Februar. Herr Rentmeister Zander hier ist an Stelle des Rentmeisters Richter in Cottbus, welcher in den Ruhestand tritt, vom 1. April d. J. vereidigt worden. Ueber seinen Nachfolger hier steht noch nichts. Seit gestern steht das Wasser im Schwarzwasserflusse. Die hiesige Brücke kann von Fahrwerken nur schwer befahren werden.

Lübeck, 20. Februar. Die Geschwister Wolff, welche vor einigen Tagen in Folge Einathmens von Kohlenstaub betäubt in ihrer Wohnung aufgefunden wurden, sind verstorben.

Pr. Holland, 21. Februar. In der vorigestrichen Sitzung des hiesigen Kreistages wurde der Bau einer Chaussee von Hirschfeld nach Canthen abgelehnt. — Dasselbe geschah betrübt der Aufhebung des Chausseebedarfes, und zwar stimmten 15 Mitglieder für, 11 gegen dieselbe; da aber die Aufhebung des Chausseebedarfes nur mit einer Zweidrittel-Majorität herbeigeführt werden kann, reichte die vorhandene einfache Majorität nicht aus. — Pension für den ausgezeichneten Chausseeaufseher Beijau und Pachtermäßigung für die hebebare Regenbogen werden nach den Vorstößen des Kreisausschusses genehmigt. — Berathung des Kreishauswirths-Stats. An Kreisausgaben sollen im nächsten Staatsjahr 118 800 Mk. (gegen 97 500 Mk. im Vorjahr), und an Provinzialabgaben 23 400 Mk. (gegen 23 400 Mk. im Vorjahr), zusammen also 142 000 Mk. (gegen 120 900 Mk. im Vorjahr) aufgebracht werden. Der Kreistag genehmigt diese Vorstöße. — Gestern tagten hier die Deligirten der Bienenzuchtvereine aus den Kreisen Pr. Holland und Möringen zur Berathung über die in diesem Jahre in unserer Stadt stattfindende bienenwirtschaftliche Ausstellung. Demnach wird dieselbe in der ersten Hälfte des August im Arminius'schen Garten veranstaltet werden und zwar in erster Reihe für die Mitglieder oben bezeichneten Vereine. Fremde Aussteller zahlen Platzmiete und dürfen nur ehrende Anerkennungen erhalten. Zum Vorstehenden der Ausstellung wählte die Verammlung Herrn Lehrer Arndt-Kalhoff. An einem der zwei Ausstellungstage wird ein Testessen stattfinden.

Allenstein, 20. Februar. Ein Rekrut der dritten Compagnie des hier garnisonirenden Grenadier-Regiments König Friedrich II. fiel heute Vormittag während des Exercires plötzlich hin und war sofort tot. Alle sofort angestellten Belebungsversuche blieben erfolglos. Eine Herzlähmung hatte den schnellen Tod herbeigeführt. Die eben verrichteten Dienstübungen waren in keiner Weise anstrengend gewesen. Der Verbliebene war der Sohn eines wohlhabenden Belekers aus Dorothow, er war ein tüchtiger Soldat und erfreute sich daher freundlichen Wohlwollens seiner Vorgesetzten.

m. Insterburg, 20. Febr. Dem Jahresbericht des hiesigen Vorschuhvereins entnehmen wir, daß das abgelaufene Jahr ein recht befriedigendes gewesen ist. Die Mitgliederzahl ist von 3719 auf 3848 gestiegen. Der Geschäftsgewinn beträgt 100 095 Mk. gegen 98 336 Mk. im Vorjahr, und gestaltet nach Abschreibung von zwei Verlusten, nach Überweisung eines angemessenen Betrages an den Reservefonds und nach Vortrag eines größeren Betrages auf neue Rechnung an die Mitglieder die Vertheilung einer Dividende von 7 Proc. Das Geschäftsguthaben beträgt 1344 801 Mark, der Reservefonds insgesamt 214 940 Mk. das ist 6,2 Proc. des Betriebsfonds und 16 Proc. des Geschäftsguthabens. Der Geschäftserwerb betrug im eigenen Darlehsgefecht 13 703 877 Mk. Der Gesamtumsatz belief sich in Einnahme und Ausgabe auf je 47 000 000 Mk., das sind 5 000 000 Mk. mehr als im Vorjahr.

Gumbinnen, 21. Febr. (Telegramm.) Bei der Erstwahl im Wahlkreise Ragnit-Pillkallen für das Abgeordnetenhaus ist der Landrat Schnauvert gewählt worden.

Schönlanke, 19. Febr. Wiederum haben durch Gräflichen zwei Menschen ihr Leben verloren. Die in der Fischerstraße wohnenden Arbeiter Bahnschen Eheleute verließen heute ihre Wohnung und begaben sich nach außerhalb auf Arbeit. Vorher hatte die Frau die Wohnung geheizt und frisches grünes Holz auf den Kachelofen gelegt. In der Wohnung verblieben die vier Kinder der Eheleute, von denen die älteren sich später zur Schule begaben. Wahrcheinlich durch Überheizung des Ofens geriet das auf demselben liegende Holz ins Schwelnen und verbreitete einen berartigen Dunst, daß die in der Stube zurückgebliebenen zwei jüngsten Kinder erstickten.

Bromberg, 20. Febr. In die Hände der hiesigen Steuerbehörde ist das Contobuch eines hiesigen Kaufmanns gelangt, welches Quittungen seiner Kunden, die sie selbst geschrieben, enthielt, über Beträge, die sie von dem Kaufmann erhalten hatten. Wo diese Quittungen über 150 Mk. lauteten, wird nun die Steuerbehörde die betreffenden Darlehsnehmern, weil zu den Quittungen der fiscalische Stempel nicht casst war, zur Stempelstrafe ziehen. Nur diejenigen Geldempfänger, welche einen Gutschein unterzeichnet hatten, b. h. welche in der Weise quittiert hatten, daß die Empfangsberechtigung lautete: „Gut für (geleihene Summe) ic.“ gehen frei aus, weil diese Gutscheine in dieser Form stempelfrei sind. Für viele Geschäftslute dürfte diese Mitteilung von Interesse sein. — Dem Sanitätsrat Dr. Jacoby ist der Titel Sch. Sanitätsrat verliehen worden.

Von der Marine.

* Nach telegraphischen Meldungen an das Oberkommando der Marine ist das Kanonenboot „Oitis“ (Commandant Capitän-Lieutenant Ingenuhl) am 20. Februar von Chinkian nach Nanking in See gegangen. — Die Fregatte „Stein“ (Commandant Capitän zur See v. Wielersheim) ist am 19. Februar in Gibraltar angekommen und wird am 27. d. Monats die Reise nach Dartmouth fortsetzen.

Vermischtes.

Ein Präsidentenwahl.

Felix Faure hat aus Anlaß seiner Wahl zum Präsidenten der französischen Republik jedem Soldaten des Landheeres und der Marine einen viertel Liter Wein zum Besten gegeben. Die Auslage für diese Spende beträgt nach dem „Glas“ 69 000 Frs.

Helgoland im Eis.

Unter dem Zauber dieses seltenen und großartigen Naturtheaters steht, wie ein Helgoländer schreibt, unsere grün-weiß-rothe Nordsee-Insel. Ringsum Helgoland, so weit das Auge nur blickt, nichts als Eis, und zwar von der schönsten, kristallinen Reinheit! Ein solches Schauspiel von so langer Dauer war seit 1865 nicht zu beobachten. Fast bis zur Düne, wo noch unlängst zerstörend die Sturmflut wütete, breitet sich eine glatte Fläche. Weiter hinaus lange, schimmernde Streifen, zwischen denen das Meer in reinster, tiefblauer Farbe strahlt. Dazu lacht die Sonne goldig hernieder und wirft die wunderbaren Lichtreflexe. Wie schade ist es, daß die Gäste Helgolands die Insel nicht auch mal im Eisbäumchen bewundern können. Leider ist jetzt aber, wenn sich wirklich jemand aus diesem Grunde hierher verirren sollte, jegliche Verbindung unterbrochen. Nur den Jagdliebhabern kommt die Situation prächtig zu staaten. Die Möwen suchen Schutz auf der Insel, wo sie natürlich leichter zu schließen sind. Schwerer ist die Jagd auf Wildenten, die mit dem Eis in Scharen dort zu sehen sind. Diese Thierchen sind zu klug und verschwinden unter dem Wasser, sobald sie einen Menschen sehen. Da legen denn die Helgoländer spinnewebseine Netze in's Wasser, um ihnen so zu Leibe zu gehen. Die telegraphische Verbindung ist jetzt gestört, das Rabel hat gesunken. Glücklicher Weise ist wenigstens der Dampfer trotz aller Gefahr durchgekommen. Ein Opfer aber hat es gekostet: Ein Loofe fiel vom Feuerschiff durch Unvorsichtigkeit in's Meer und ertrank.

Schachwettkampf.

Der in Paris zwischen dem deutschen Schachmeister J. Mieses — welcher bekanntlich im vorigen Frühjahr auch in Danzig eine Vorstellung von sechs gleichzeitigen Blindlingspartien gab — und Herrn D. Janowski ausgefochtene Wettkampf ist am 4. Februar als unentschieden abgebrochen worden, nachdem jeder der Spieler 6 Partien gewonnen hatte bei zwei Remispielen. Hr. J. Mieses hat sich nach London begeben, um dort mit dem Deutschen R. Teichmann einen Wettkampf auf vier Gewinnspiele auszufechten.

Winteroper.

□ Lemberg, 20. Febr. Bei den vorwöchigen großen Schneeverwehungen in Ostgalizien haben laut amtlicher Berichte insgesamt nicht weniger als 16 Personen ihr Leben verloren.

Briefkasten der Redaktion.

P. in J.: Eine Ausschließung der Gütergemeinschaft kann zwar erfolgen, hat aber nur für das Verhältnis der Eheleute unter einander, nicht gegen Dritte Wirkung.

Börsen-Depeschen.

Nur 1 Mark 50000 Mark, 10000 Mark, 5000 Mark, 3000 Mark u. s. w. insgesamt 5000 Gewinne In wenigen Tagen
ein Loos. Loose à 1 M. 11 Loose für 10 M. 28 Loose für 25 M. (Wort und Elie 20 & extra) sind zu beziehen durch F. A. Schrader, Hannover, Große Bachstraße Nr. 29 Ziehung.
In Danzig zu haben bei: Theodor Berling, Gerbergasse, Hermann Drahn, vo mals S. R. Schnibbe, heil. Geitgasse 116, Carl Feller jr., Jopengasse 13, Ecke Vorleitengasse, R. Bischke & Co., Alkagasse 6 u. Holzmarkt 24.

Stellung, Existenz, höheres Gehalt
erlangt man durch eine gründliche
kaufmännische Ausbildung,
welche in nur 3 Monaten von Jedermann erworben
werden kann. Tausende fanden dadurch ihr Lebensglück.
Herren und Damen, Eltern und Vormünder belieben
Institutsnachrichten gratis
zu verlangen.
Erstes deutsches Handels-Lehr-Institut.
Otto Siede, Elbing. (55)

Für Lungenkranke.
Dr. Brehmer'sche Heilanstalt
Görbersdorf i. Schl.
Seit 1854 bestehend. Aufnahme jederzeit.
Chefarzt Dr. Achtermann, Schüler Brehmer's.
Ill. Prosp. kostenfrei d. d. Verw. (2012)

Große Lotterie
der
Kinderheilstätte zu Salzungen.
Das Loos zu 1 Mark.
Ziehung am 7., 8. und 9. März 1895.
5000 Gewinne im Gesamtwert von 166666 Mk.
Die Hauptgewinne haben einen Wert von je
50000, 10000, 5000, 3000, 2000 Mk.
Die Looses werden in der Expedition für 1 Mk.
pro Stück abgegeben und gegen Einsendung von
1,10 Mk. nach außerhalb versandt.
Expedition der Danziger Zeitung.

Bekanntmachung.
Dem angeleglich nach Amerika ausgewanderten und dort seinem Aufenthalte nach unbekannten Richard Carl Groening wird hiermit bekannt gemacht, daß er in dem Testamente seiner Eltern vom 16. Juni 1875 zum Miterben des Nachlasses berufen ist, doch jedoch die Letzteren sich gegenseitig den lebenslänglichen Nahrungsbrauch und die freie Disposition des ganzen Gütergemeinschaftlichen Vermögens vermacht haben.
Danzig, den 14. Februar 1895.
Röntgenliches Amtsgericht III.
Bekanntmachung.

In unserem Genossenschaftsregister ist unter Nr. 8, wofolbst die Bank zu Dörlschweiten, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht eingetragen ist, Folgendes eingetragen worden:
Nr. 2. Bank, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Nr. 4. Durch Beschluss der Generalversammlung vom 16. Dezember 1894 hat die Genossenschaft ein neues Statut erhalten.

Dasselbe bestimmt sich bei den Registrierungen der „Bank“ zu Dörlschweiten.

Gen. VI 23 Blatt 115—124.

In demselben ist insbesondere Folgendes bestimmt:

1. Die Firma der Genossenschaft ist in der in Spalte 2 angegebenen Weise abgeändert.

2. Die Bekanntmachungen gehen von dem Vorstande oder von dem Ausschusse aus:

von dem Vorstande in der Weise, daß wenigstens zwei seiner Mitglieder unter die Firma der Genossenschaft ihre Unterschriften setzen, von dem Ausschusse in der Weise, daß der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter unter die Firma der Genossenschaft den Titel „Rada Nadzoreca“ oder „der Aufsichtsrath“ und darunter seinen Namen setzt.

(3523)

3. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen durch das Blatt „Pielgrzym“ (Pelplin).

Sollte das Blatt „Pielgrzym“ eingehten, so erfolgen die Bekanntmachungen durch den „Deutschen Reichsanzeiger“, und zwar so lange, bis durch Beschluss der Generalversammlung ein anderes Blatt bestimmt wird. Eingetragen zu Folge Verfügung vom 16. Februar 1895 am 18. Februar 1895.

Stuhm, den 18. Februar 1895.

Röntgenliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Bedarf der biesigen Justizbehörden und der Bedarf der zum diesseitigen Königlichen Landgerichte gehörigen Amtsgerichte Chrissburg, Dr. Cylau, Marienburg, Riesenborg, Rosenborg, Stuhm und Tiefenhorst-Ransle-

Concept. Urkunden-, Acten-, Urkunden-, Back- u. Schreibpapier für das Jahr 1. April 1895 bis ult. März 1896 soll durch Mindellicitation beschafft werden.

Zur Entgegennahme von An-

geboten auf diese Lieferungen steht ein Termin auf

den 12. März d. Js.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Ruth im Zimmer Nr. 17 des Landgerichts an und werden Beliebtheit mit dem Beamer genommen.

Zu beziehen durch L. G. Homann u. F. A. Weber's Buchhandlung, Danzig, Langer Markt 10. (3588)

Freie Zusendung unter Couvert für 1 M. in Briefmarken.

Eduard Bendt, Braunschweig.

Zu beziehen durch L. G. Homann u. F. A. Weber's Buchhandlung, Danzig, Langer Markt 10. (3588)

Landwirtschaftl. Anzeiger für Ost-Deutschland

Ausgabe 15000 Expl. Beste Infektionsorgane für alle Zweige der Landwirtschaft.

Viele Stellenanzeigen, Abonnem.

f. März 20 & b. a. Postanstalten. Expedient in Mohrungen Ost.

Berlin W., im Februar 1895.

Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung ist die preisgekrönte in 27. Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr.

Müller über das

Der Geschäftsbereich unserer

Bank für das Jahr 1894

gelangt demnächst zur Ausgabe, und stellen wir jedem Besther

unserer Pfandbriefe ein Exemplar derselben bereitwillig

kostenlos zur Verfügung.

Man wolle sich dieferhalb an

die betr. Bankhäuser resp. an

und direkt wenden. (3585)

Berlin W., im Februar 1895.

Stuhm, den 18. Februar 1895.

Röntgenliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Bedarf der biesigen Justiz-

behörden und der Bedarf der

zum diesseitigen Königlichen Land-

gerichte gehörigen Amtsgerichte

Chrissburg, Dr. Cylau, Marien-

burg, Riesenborg, Rosenborg,

Stuhm und Tiefenhorst-Ransle-

Concept. Urkunden-, Acten-,

Urkunden-, Back- u. Schreibpapier für das Jahr 1. April 1895 bis ult.

März 1896 soll durch Mindel-

licitation beschafft werden.

Zur Entgegennahme von An-

geboten auf diese Lieferungen steht ein Termin auf

den 12. März d. Js.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Ruth im Zimmer Nr. 17 des Landgerichts an und werden Beliebtheit mit dem Beamer genommen.

Zu beziehen durch L. G. Homann u. F. A. Weber's Buchhandlung, Danzig, Langer Markt 10. (3588)

Chile.

Landwirths u. Handwerker erhalten bedeutend reduzierte

Postage durch bevollmächtigte

Generalagentur Rommel u. Co.

in Basel. (H. 4031 Q)

Den 18. Februar 1895.

Röntgenliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Bedarf der biesigen Justiz-

behörden und der Bedarf der

zum diesseitigen Königlichen Land-

gerichte gehörigen Amtsgerichte

Chrissburg, Dr. Cylau, Marien-

burg, Riesenborg, Rosenborg,

Stuhm und Tiefenhorst-Ransle-

Concept. Urkunden-, Acten-,

Urkunden-, Back- u. Schreibpapier für das Jahr 1. April 1895 bis ult.

März 1896 soll durch Mindel-

licitation beschafft werden.

Zur Entgegennahme von An-

geboten auf diese Lieferungen steht ein Termin auf

den 12. März d. Js.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Ruth im Zimmer Nr. 17 des Landgerichts an und werden Beliebtheit mit dem Beamer genommen.

Zu beziehen durch L. G. Homann u. F. A. Weber's Buchhandlung, Danzig, Langer Markt 10. (3588)

C. J. Gebauer

Flügel- u. Pianino-Fabrik

Königsberg I. R. Prämient: London 1881 — Moskau 1872

— Wien 1873 — Melbourne 1880

— Bromberg 1880. — empfiehlt ihre anerkannt vorzüglichen Instrumente.

Generalagentur Rommel u. Co.

in Basel. (H. 4031 Q)

Den 18. Februar 1895.

Röntgenliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Bedarf der biesigen Justiz-

behörden und der Bedarf der

zum diesseitigen Königlichen Land-

gerichte gehörigen Amtsgerichte

Chrissburg, Dr. Cylau, Marien-

burg, Riesenborg, Rosenborg,

Stuhm und Tiefenhorst-Ransle-

Concept. Urkunden-, Acten-,

Urkunden-, Back- u. Schreibpapier für das Jahr 1. April 1895 bis ult.

März 1896 soll durch Mindel-

licitation beschafft werden.

Zur Entgegennahme von An-

geboten auf diese Lieferungen steht ein Termin auf

den 12. März d. Js.,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Ruth im Zimmer Nr. 17 des Landgerichts an und werden Beliebtheit mit dem Beamer genommen.

Zu beziehen durch L. G. Homann u. F. A. Weber's Buchhandlung, Danzig, Langer Markt 10. (3588)

Hypothen-Capital

offerirt à

4 %

Wilh. Wehl, Danzig,

Frauengasse 6. (1288)

Die Erteilung des Jußlags bleibt vorbehalten. (3524)

Elbing, den 16. Februar 1895.

Die Vorstandsbeamten des Königlichen Landgerichts.

Danziger Kirchenbau-Lotterie.

Ziehung bestimmt den 15. März d. J.

1. Hauptgewinn: Ein silbernes Tafelservice für 24 Personen i. W. von 8000 Mark.
2. Hauptgewinn: Ein silberner Tafelaufsatz in Gestalt des Neptunsbrunnens und zwei silberne Armleuchter im Werthe von 1500 Mark.
3. Hauptgewinn: Eine kunstvoll gearbeitete Uhr in Gestalt des Danziger Rathaussturmes im Werthe von 700 Mark.

Loose à 1 Mark, 11 Loose für 10 Mark

vorräthig beim Hauptvertrieb

Theodor Bertling, Gerbergasse Nr. 2, und bei den Verkaufsstellen: Expedition der Danziger Zeitung, Carl Feller junior, Jopengasse, Herm. Lau, Langgasse, Carl Peter, Mahnhaus, Gabriel u. König, Langgasse, Gustav Döll Nachgr., Gerbergasse, F. Haefer, Kohlenmarkt, A. Mener, Siegengasse, A. Reich, Langenmarkt, Gustav Schoenrich, 4. Damm, Paul Bacharias, Hundegasse, sowie bei sämtlichen Juwelen und zahlreichen durch Plakate kennzeichneten Verkaufsstellen. (3158)

Margaretha von Valois, Alice Gordon, Graf von St. Bris, katholischer Edelmann, Gouverneur des Louvre, Valentine, seine Tochter, Sophie Gedimat, Ernst Preule, Georg Wenckebach, Graf von Nevers, Carl Richter, Franz Seebach, Maurevert, Meru, Raoul v. Rangis, protestantischer Edelmann, Marcel, sein Diener, Urbain, Page der Königin, Schrundame der Königin, Hofdame der Königin, Bois Rose, hugenottischer Soldat, Ein Nachwächter, Mag Davidsohn.